

Anfrage von Karl Weiss (FDP, Schlieren)
betreffend "Stehen die Schweizer draussen vor der Tür?"

In einem Zeitungsartikel in der Weltwoche - Ausgabe Nr. 13/93 - äusserte sich Beat Kappeler zur Arbeitsmarktsituation für Schweizer in Deutschland. Der Untertitel: "Europäer, die nicht der EG oder dem EWR angehören, haben auf dem deutschen Arbeitsmarkt bald keinen Platz mehr." Gemäss einer Weisung der deutschen Bundesanstalt für Arbeit vom 5. März 1993 darf die allgemeine Arbeitserlaubnis nur erteilt werden, wenn es trotz Ausschöpfung aller Möglichkeiten des inländischen Arbeitsmarktes nicht gelingt, einen freien Arbeitsplatz gemäss Prioritätsliste mit einem bevorberechtigten Arbeitnehmer zu besetzen. Beat Kappeler sieht darin eine "saftige Ohrfeige für das EWR-Nein." Sogar Asylanten müssten vor den Schweizern der Vortritt gelassen werden. Damit wurden Schweizerinnen und Schweizer auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu Bürgern dritter Klasse. Auch die Erneuerung einer Arbeitserlaubnis unterstehe der neuen für uns harten Prioritätsliste.

Die neue Weisung soll für Schweizer bereits erste Auswirkungen gezeitigt haben. Im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit gebe man sich nach Berner Art gelassen. Gut 30 Millionen Stellen würden für alle Europäer wegfallen, die nicht aus EG- oder den künftigen EWR-Ländern stammten. Es ist offensichtlich, dass die verantwortlichen Politiker in Deutschland eine schärfere Gangart gegen eine "bestimmte Kategorien von Ausländern anschlagen, um sich gegen die Überfremdung, die Arbeitslosigkeit und die zunehmende Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zu wehren.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat die neue Weisung vom 5.3.1993 der deutschen Bundesanstalt für Arbeit bekannt?
2. Sind im Kanton Zürich bereits Auswirkungen dieser Weisung spürbar, wenn ja, in welcher Grössenordnung?
3. Was hat der Regierungsrat unternommen bzw. gedenkt er zu unternehmen?
4. Sieht der Regierungsrat die Möglichkeit von Gegenmassnahmen im Rahmen der fremdenpolizeilichen Bewilligungen, zumal auch bei uns die Arbeitslosigkeit und die prekäre Beschäftigungslage wenig erfreulich ist?
5. Kann sich der Regierungsrat der Auffassung anschliessen, dass dieses Vorgehen wenig zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen beiträgt, sondern höchstens fremdenfeindliche Gefühle schürt?

Karl Weiss